

Wstland

Wochenschrift für den gesamten Osten

Herausgeber Dr. Franz Lüdtke. Verlag Band Deutscher Osten E. V., Berlin W 30.

Erscheinung wöchentlich einmal. Bezug: Durch die Post vierteljährlich 1.50 Mk. Einzelnummer 20 Pf. u. 5 Pf. Postgebühren. Anzeigenpreis: Für jeden Millimeter Höhe der gegebenen Zeile 45 Pf., bei Einzelnummern im Verhältnis an den Text 20%, Erhöhung.

Nr. 1.

Berlin, 5. Januar 1934.

15. Jahrg.

Inhalt: 2. 1: Frieden und Arbeit. / 2. 2: Die deutsche Währungsnotlage und die Polenunruhen. / 2. 3: Mutterland und Nationalbewußtsein. — 2. 4: Revision der Festsitz-Polen. / 2. 5: Um das deutsche Groß-Deutscher. / 2. 6: Der scheidende Nationalismus. — 2. 7: Die polnische Nationalbewußtsein. / 2. 8: 10: Polener Arbeiterbewegung in der Zwischenkriegszeit. / 2. 9: 11: Böhden. — Aus der Arbeit des R.P.C.

Frieden und Arbeit.

„So verlassen mich das Jahr der deutschen Revolution und gehen als Nationalsozialisten hinein in das Jahr des deutschen Aufbaus mit dem gemeinsamen Verprechen, eine verformene Gemeinschaft zu sein, erfüllt von dem einzigen glühenden Wunsch, unserem deutschen Volke dienen zu dürfen zu seinem friedlichen Glück.“
Adolf Hitler.

Der politische und geistige Umbruch, der sich im Jahre 1933 in Deutschland vollzogen hat, hat naturgemäß auch in der deutschen Außenpolitik einen tiefgreifenden Wandel herbeizuführen müssen. Da Deutschland im Zentrum der europäischen Ereignisse steht, hat es nicht ausbleiben können, daß sich die Dynamik der innerdeutschen Vorgänge mehr oder weniger auch allen anderen europäischen Staaten mitgeteilt hat. Die Grundideen und Prinzipien, auf denen das innerstaatliche Leben des Dritten Reiches aufgebaut ist, sind — vom Nationalsozialismus folgerichtig und in Übereinstimmung mit dem außenpolitischen Auftreten angewandt worden. Das neue Deutschland hat dem Parteienstaat im Innern ein Ende bereitet. Es hat an die Stelle des parlamentarischen Liberalismus, der mit wechselläufigen und unverantwortlichen Mehrheiten „regierte“, die Autorität eines in seiner Macht festeren und verantwortungsbewußten Führers gesetzt. Und es hat sich zu demselben Führerprinzip, dem es in seinem inneren staatlichen Leben zur Geltung verhalten hat, auch außenpolitisch bekannt, als es am 14. November die Politik nach Ansicht des nationalsozialistischen Deutschlands nicht von einer noch demokratischen Grundform mehr schlecht als recht funktionierenden internationalen Institution gemacht werden, die in den 15 Jahren ihres Bestehens bewiesen hat, daß sie sich nur auf eine Kunst wirklich verlehrt: einer Lösung der drängendsten Probleme mit allen Schikanen parlamentarischer Kalkül aus dem Wege zu gehen. In dieser Erkenntnis hat Deutschland dem Vorschlage des italienischen Regierungschefs zugestimmt, der darauf hinauszielte, daß den vier europäischen Großmächten eine gewisse Führerschaft, damit aber auch eine erhöhte Verantwortung zufallen sollte.

Von dem Moment an zum Führerprinzip ist die Wendung nach Osten das stärkste Kennzeichen der nationalsozialistischen Haltung. Diese Wendung vollzieht sich ebenso auf innerpolitischen wie auf außenpolitischen Boden. Ein Volk, das, wie das deutsche, sein Wirtschaftswesen und sein Leben neu aufbauen will, braucht den Frieden mit seinen Nachbarn, und nirgends ist dieser Friede notwendiger als dort, wo die Arbeitsarbeit sich in erster Linie vollzieht. Gerade dort, wo der Friede von Versailles die tiefsten Wunden geschlagen hat, weil der Nationalsozialismus die stärksten und fähigsten Kräfte einsetzte; gerade dort, wo das liberalistische Zeitalter Wirtschaft und Menschen an seinen notwendigsten hat, soll sich die wirtschaftliche- und bevölkerungspolitische Renaissance des Reiches durch den Nationalsozialismus am sichtbarsten vollziehen; gerade dort, wo vor 15 Jahren alles verloren schien, hat sich der liebste Zukunftsglaube, den die junge Bewegung im deutschen Volke wieder gemacht hat, eine gewaltige Aufgabe gesetzt, deren erste Etappe mit dem siegreichen Arbeits-schlachten bereits erreicht worden ist. Innerer Aufbau und äußerer Friede sind aber nicht voneinander zu trennen. Und es ist daher nur natürlich, daß die nationalsozialistische Friedensinitiative gerade im Osten am ehesten und nachdrücklichsten eingestrichelt hat. Bei aller Ungewißheit, die hinsichtlich der endgültigen Entscheidung Polens über seine zukünftige grundsätzliche Ein-

stellung zu Deutschland noch immer besteht, kann doch nicht geleugnet werden, daß das nationalsozialistische Deutschland hier eine Aufgabe für den Frieden gelöst hat, daß es mit festerem Glauben den ersten Partner für diesen Frieden nicht unter den alten Demokratien das Weisens gesucht hat, sondern unter den jungen Staaten des Ostens, die im Innern bereits mit den liberalistischen Regierungsmethoden Schluß gemacht haben und aus dieser neuen Haltung heraus auch mehr Mut und Kühnheit in der Anwendung neuer oder alter politischer Methoden aufbringen. Polen hat nicht weniger Anlaß, sich dieser Entwicklung zu freuen, als Deutschland. Es ist sicher kein Recht für Polen, wenn es sich von allen Keilböhren des französischen Bündnisystems als erster der durch die nationalsozialistische Revolution geschaffenen neuen Situation in Europa angepaßt hat.

Wenn heute die deutsche Friedensinitiative bei den östlichen Nachbarn — und auch bei Polen — noch einmal, durch eine ständig rege Propaganda geführten Misträuen begegnet, so kann man wohl sagen, daß dieses Misträuen nicht allein und vielleicht nicht einmal in erster Linie der Furcht vor einem demagogischen deutschen Angriff, sondern nicht zuletzt auch dem Gefühl entspringt, von dem weite Kreise der Ostländer noch immer beherrscht zu sein scheinen: nämlich von dem Gefühl, daß sie der organisierten Arbeits- und Schöpferkraft der deutschen Nation nichts Gleichwertiges an eigenen aufbauenden Kräften entgegenzusetzen vermögen. Nicht den deutschen Waffen, die ja gar nicht vorhanden sind, sondern der deutschen Arbeitskraft, deren fruchtbares Wirken sie sehen, scheint das Misträuen dieser Kreise in erster Linie zu gelten; fast scheint es so, als ob sie vor dem Frieden mehr Angst hätten, als vor dem Kriege.

Es wird für Deutschland nicht leicht sein, diese Angst zu zerstreuen. Sie ist die Äußerung eines uneingeschätzten, beklagenswerten Minderwertigkeitsgefühles, das die Beziehungen der beiden Völker zueinander vielfach empfindlicher als die mühsame Betrachtung der tatsächlich vorhandenen Gesandnisse zu finden vermag. Denn letzten Endes ist alles das, was seit dem Zusammenbruch von 1918 hinsichtlich der Verdrängung des deutschen Bevölkerungselementes aus den ehemals preussischen Gebieten von polnischer Seite „geschieht“ worden ist, und auch das, was der Bojennode Granjuki noch heute gegen die deutsche Schmerzarbeit Ostoberschlesiens zu unternehmen für richtig befindet, ebenso ein Ausfluß dieses Minderwertigkeitsgefühles, wie der Zustand händiger, freitwilliger Geringschätzung, in dem sich anscheinend nicht nur der landläufige polnische Journalismus, sondern auch ein Teil der polnischen Wissenschaft Deutschland gegenüber befindet. Weshalb sonst wurden die Deutschen denn aus dem Lande gejagt, durch „privaten“ Terror und staatliche Gewalt ihrer wirtschaftlichen Lebens- und kulturellen Entfaltungsmöglichkeiten beraubt, als weil die „neuen Herren“ Angst vor deren Überlegenheit hatten und als weil sie der Überzeugung waren, mit diesen „schlechten Preußen“ auf andere Weise nicht fertig werden zu können? Die Kreise, die Polen heute regieren und die ihre Führung vom rein Politischen mehr und mehr auch auf das Kulturelle ausdehnen, scheinen diese gefährlichen Angstzustände allmählich zu überwinden. Deutschland wird eine solche Entwicklung nur mit Freude begrüßen. Wenn sie verabsichtigt ihm erst die ersehnte Möglichkeit, auf allen Gebieten friedlichen Schaffens in freien Wettbewerb mit dem größten seiner östlichen Nachbarn zu treten.
Dr. Kredel.

Die deutsche Minderheitenpolitik und die Polenbündepresse.

Am 17. Dezember wurde in Kattow, wie die Polenbündepresse berichtet, die erste Ausstellung des polnischen Buches in Deutschland eröffnet. Weiter der Ausstellung war der ober-schlesische Landesverband der Polenbundes Szejczepanik. Besetzt wurden ältere und neue polnische Bücher, polnische Zeitungen usw. Die Ausstellung war von einer lebhaften Propaganda für das polnische Buch in der Presse des Polenbundes begleitet. „Mit nichts anderem konnt Du die Vergiftung der polnischen Seele durch den Geist der Germanisation heilen, als mit dem polnischen Wort, mit dem polnischen Buch, das ich unabweisbar in die Grenzen einführt und sie ermarket. Du wirst den Geist der Germanisation vertreiben, wenn Du im Hause ein polnisches Buch haben wirst!“, so hieß es z. B. in einem Artikel der „Kamieny Szejczepan“ und des „Dziennik Kattowicki“ (vom 20. Dezember 1933).

Dieselben Polenblätter berichteten am gleichen Tage über die Eröffnung eines polnischen Jugendheimes in Kakei (Kreis Oppeln). Nach diesem Bericht besteht in Kakei seit längerer Zeit ein etwa 40 Mitglieder zählender polnischer Jugendverein, der namentlich, wie es in der Eröffnungsrede hieß, in seinem neuen Heim Gelegenheit haben werde, sich durch Vorträge und Unterrichtsstunden mit der heimischen polnischen Kultur, dem polnischen Volke, seinen Sitten und Gebräuchen bekanntzumachen und außerdem die polnische Sprache fehlerlos zu erlernen. Man müsse allerdings, wenn aus dem Kattowicki Jugendheim Polnisch gesprochen werden soll, notwendig ist, da sie ja von Hause aus kein Polnisch sprechen, sondern sich des Deutschen oder der stark deutsch durchsetzten ober-schlesischen Mundart bedienen.

Weiter ist den erwähnten Blättern zu entnehmen, daß am 19. Dezember in zwei Dörfern des Kreises Groß-Strebitz, in Gantama und Zaleske, polnische Sängergesänge gegründet worden sind, von denen es heißt, es sei zu hoffen, daß sie sich „insofern hinsichtlich der nationalen Erziehung als auch hinsichtlich der Kultur des heimischen Volkes bald neben die älteren Chöre im Kreise Groß-Strebitz stellen werden.“ In diesem Kreise hieß es namentlich, daß polnische Sängergesänge. — In Zaleske einem Dorfe im Kreise Kattow, wurde, einem Bericht der beiden Blätter vom 5. Dezember zufolge, eine Pechschule für die dortige Polenbündung eröffnet.

Alle paar Tage findet man in der Polenbündepresse derartige Berichte, aus denen hervorgeht, daß bald hier bald dort ein neuer polnischer Verein gegründet oder ein neues polnisches Heim eröffnet worden ist, daß eine polnische Theatergruppe geistigt hat oder in einer Ausstellung für polnische Bücher, für polnische Volksskulte usw. geworden worden ist, daß eine neue polnische Volkshochschule entstanden ist, in einer Kirche Gottesdienst in polnischer Sprache nun einigelt worden ist, a. a. O. Auf diese Weise wird ein Bild gezeichnet eines mit aller Klarheit herort: daß nämlich der polnischen Minderheit in Deutschland in jeder Beziehung volle Entfaltungsfreiheit gewährt wird, daß es das nationalpolnische Deutschland nicht bei bloßen Worten bewenden läßt, sondern den Satz des Führers, daß der Nationalsozialismus den Begriff des Germanisierens ablehnt, ehrlich in die Tat umzusetzen bereit ist. Die Polenbündepresse kann auch nicht umhin, die stets tätige Friedensbereitschaft Deutschlands in seiner Volkstumspolitik anzuerkennen.

So hat das amtliche Organ des Polenbundes, „Dolac zu Riemczeh“, vor einiger Zeit eine Reihe von Schreiben veröffentlicht, die dem Bunde auf seine Beschwerden hin von deutschen Amtstellen zugesellt worden sind und aus denen durchweg der englische Wille dieser Amtstellen hervorgeht, keine etwaigen Belästigungen polnischer Minderheitsangehöriger zu dulden. So lautet ein Schreiben des Polizeipräsidenten von Bochum vom 19. Dezember:

„Ich habe die nationalen Organisationen wiederholt erlaubt, darauf zu achten, daß von ihrer Seite die Angehörigen der nationalen Minderheiten in keiner Weise belästigt werden, und ich werde auch fernerhin dafür Sorge tragen, daß die genannten Kreise wegen ihrer nationalen Zugehörigkeit und infolge ihrer legalen Betätigung keinen persönlichen Nachteilen ausgesetzt sind.“

Auf eine Eingabe, die sich mit der Auflösung einer polnischen Verfassung befaßte, erhielt der Polenbund eine Antwort, in der es u. a. heißt:

„... Die auf Grund dieser irrtilmlichen Angaben vom zukünftigen Polizeirevier veranlaßte Auflösung der Veranstaltung erfolgte ausschließlich unter größter Rücksichtnahme und Schonung. Ich habe die nationalen Organisationen erneut erlaubt, darauf zu achten, daß von ihrer Seite den Angehörigen der nationalen Minderheiten bei der Pflege ihrer Interessen, auch Kulturvolken, usw. auch Einschulung, usw. irgendwelche persönlichen Nachteile keine Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden.“

Der „Dolac zu Riemczeh“ veröffentlichte weiter ein Schreiben, das aus dem preußischen Innenministerium stammt und sich mit dem über eine polnische Jugendorganisation zeitweilig verhängten Verbot öffentlicher Versammlungen befaßt; es heißt darin:

„Es war mit Rücksicht auf die samstäglichen polnischen Feiern mit der Besorgung getroffen worden, ein etwaige Unschlichkeiten, die polnisch-sprechenden Teilnehmer zu verhüten. Eine

Auflösung des Vereins ist nicht erfolgt: das für kurze Zeit beschlagnahmte Druckschriftenmaterial ist wieder freigegeben worden.“

Einige weitere Schreiben, die das Organ des Polenbundes anführt, lassen denselben Geist weitgehender Duldung und unbefindigen Entgegenkommens der deutschen Amtstellen gegenüber den kulturellen Vortreibungen der polnischen Minderheitsorganisationen erkennen. Sie bemerken, daß Deutschland nichts zu erregt läßt, um seinerseits wie auf a. a. O. und handelspolitischen Gebieten so auch in seiner Minderheitenpolitik einer aufrichtigen Verhängung vom Staat zu Staat und von Volk zu Volk die Wege zu ebnen.

Einerseits hat die Polenbündepresse in Deutschland keinen Anlaß zur Klage über das Verhalten der amtlichen Stellen. Andererseits aber will sie nicht auf ihre alte Methode, von Prinzip über „das bittere Los der armen Polen“ in Deutschland zu klagen, verzichten. Aus dieser Perspektive billigt sie sich einigfach dadurch heraus, daß sie unangenehm über einzelne örtliche Stellen oder über Einzelpersonen, Pfarrer, Lehrer, Gastwirte oder Arbeitgeber, mit Vorwürfen oder Beschwerden herfällt. Geben die Behörden dann über diesen Vorwürfen und Beschwerden auf den Grund, dann stellt es sich in der Regel sehr bald heraus, daß die ganze Sachkaum der Rede wert ist oder daß es sich um eine mehr oder weniger böswillige Entstellung harmloser oder selbstherrlicher Vorgänge handelt. Wird z. B. irgendjemand Angehöriger der polnischen Minderheit aus seiner Arbeitstelle entlassen, dann zeigt die polnische Presse sofort dazu, hinter diesem persönlichen und gemäß behaupteter Missbilligung des Betroffenen eine von langer Hand vorbereitete „polenfeindliche Aktion“ zu vermuten. Fragt irgendjemand einmal ein Pfarrer die Kinder, denen er Katechismusunterricht zu erteilen hat, ob sie lieber deutscher oder polnischer Sprache unterrichtet sein wollen, dann erstreckt in den Polenbündblättern sofort ein Artikel, in dem dem Pfarrer mit aufringlicher Vanagotigkeit klargestellt wird, daß sein Verhalten „dem lieben Gott unweisslich nicht gefällig“, und daß seine Frage geeignet ist, „den Kindern die Achtung vor den Eltern zu nehmen“. Den unzulässigen Rückgang des polnischen Minderheitenschulens kann sich die Polenbündepresse nur als eine Folge des angeblich polenfeindlichen Verhaltens irgendwelcher, meist nicht näher bestimmter oberamtlicher Kreise erklären. Daß diese Schrumpfung des polnischen Schulens sich aus aber mit dem mangelnden Interesse der Bevölkerung an den polnischen Schulen erklären läßt, will ihr aufkeimend nicht in den Sinn, obwohl sie sich in anderem Zusammenhang selbst häufig genug über das Erliegen der nationalpolnischen Gefinnung bei den Eltern und Jugendlichen mit polnischer Mutterprache beklagt.

Mit besonderer Vorliebe veranstaltet die Polenbündepresse an den Äußerungen Adolf Hitler, Alfred Rosenberg oder anderer führenden Nationalsozialisten ihre stillschweigenden Übungen. Mit einer Großspürigkeit, die aus Väterlichkeit grenzt, verlost sie die Verherrlichung der deutschen Achtung vor fremdem Volkstum in der Weise auslegen, daß das nationalpolnische Deutschland, wenn es mit dieser Verherrlichung Ernst machen wolle, nun auch verpflichtet sei, den „polnischen Charakter“ seiner Bevölkerung zu erklären, will die schärfste Achtung entgegenzubringen. „Wir, das die Organe des Deutschen Reiches benachbarte polnische Volk...“, so beginnt einer dieser Artikel voll unfreiwilliger Komik. Um arrogantem Ton wird dann die nationalpolnische Einstellung zur Nationalitätenfrage gleichsam als ein Eingeländnis früherer deutscher Schuld zur Kenntnis genommen. „Mit wehen Herzen“, schreibt z. B. die „Gazeta Olszynska“ (8. Dezember 1933), „denken wir an diese Zeit“ (womit die Zeit angeblühert „Polenunterdrückung“ gemeint ist). „Der unermessliche Wettkampf neuer Kulturen in China...“ inlage in einer Weise stattfindend, die zivilisierter und sich gegenseitig achtend der Völker würdig ist. Mühe die... deutsche Volksgemeinschaft ihre Arbeit in mühevoller, gerechter und anständiger Weise leisten“. Es ist erbeizend, wenn die „Gazeta Olszynska“ sich hier für befugt hält, der deutschen Seite moralische Vorhaltungen zu machen. Bedenklich ist das aber insofern, als dieses Blatt die Art und Weise, in der es selbst seit seinem Bestehen Deutschland und die Deutschen beschimpft und verächtlich hat, für „würdig, gerecht und anständig“ zu halten scheint. Die Polenblättern werden noch einsehen müssen, daß sie ihre Auffassungen von Anstand und Würde zu korrigieren haben, wenn sie Wert darauf legen, den Anforderungen der Zeit zu entsprechen.

Die Ausstellung

„Der Dren das deutsche Schicksalsland“

erwartet auch dich!



012.453



Um das deutsche Grenzdorf Groß-Dammer.

Die Oppelner „König Cobzienne“ und deren Kopfschläger haben unter der Überschrift „Die kolonisierten Vamberger. Wie geschichtliche Wahrheiten gefälscht werden“, am 20. Dezember 1935 einen Artikel veröffentlicht, der nicht unüberhörbar bleiben darf. Über den Druckfehler — denn darum handelt es sich offensichtlich, wenn eine grenzmarkische Zeitung in einem Artikel über Groß-Dammer von den „kolonisierten“ statt von den „kolonialisierten“ Vambergern gesprochen hat — gibt der polnische Artikelschreiber eine ganze Schale voll Spott und Hohn aus. Wir können ihm dieses Vergnügen und gehen auf die wichtigsten Dinge jenes Artikels ein.

Es wird darin gegen die Oltausstellung des Bundes Deutscher Osten polemisiert und behauptet, die Ausstellung wolle mit allen Mitteln den Beweis erbringen, daß die Bewohner der Grenzmark rein deutsch seien und es von jeher waren. Weil aber manche Merkmale nicht dazu stimmen, so ziehe die Ausstellung „die Wirklichkeit an den Haaren herbei“ und blege eine Reihe polnischer Merkmale in deutsche um. Im diesen groben Vorwurf zu erörtern, führt der Artikelschreiber lediglich die Tatsache an, daß auf der Ausstellung die Volkstracht des deutschen Grenzdorfes Groß-Dammer ausgestellt ist, und er behauptet dazu folgendes:

1. In Berlin kenne niemand Groß-Dammer, und jeder nehme das als bare Münze hin, was man ihm über dieses Dorf und seine Bewohner sagt.
 2. Die ausgestellten Trachten aus Groß-Dammer seien „polnische Trachten“, die „polnische Lieferlieferung dieser Tracht“ gebe „bis in unbenkliche Zeiten“ zurück.
 3. Die Bewohner von Groß-Dammer seien „von jeher eine polnische Bevölkerung“.
 4. Die Bewohner von Groß-Dammer und der umliegenden Dörfer bewachten die polnische Volkstracht mit großer Liebe gerade als „Beweis für ihr Polentum“.
 5. In Groß-Dammer spreche und denke man polnisch, das kulturelle Leben sei lebendig und werde nicht schwächer.
- Darauf ist folgendes zu erwidern:

Zu 1.: Es gibt in Berlin recht viele Leute, die Groß-Dammer kennen und dort besser Bescheid wissen als mancher Artikelschreiber der „König Cobzienne“ es sich träumen läßt. Über diejenigen hinaus, die jeher von dort stammen und in Berlin eine gute Heimat gefunden haben, ist das Dorf bei allen denen gut bekannt, die sich mit der Beschaffenheit des deutschen Landes und seiner Bewohner befassen: Die wissenschaftlichen Volkskundler in Berlin, denen kein Dorf im Deutschen Reich unbekannt ist, sind auch an Groß-Dammer lebhaft interessiert. J. B. hat der Atlas der deutschen Volkskunde dort einen tüchtigen Gewährsmann; und die Verfasserin dieser Zeilen, deren wissenschaftliches Arbeitsgebiet die Volkskunde ist, hat gründliche geschichtliche und volkskundliche Studien am Orte selber getrieben, auf Grund deren sie folgendes zu den übrigen Punkten des polnischen Artikelschreibers zu sagen hat:

Zu 2.: Den Beweis für die Behauptung, daß die Volkstracht von Groß-Dammer polnisch sei, hat der Artikelschreiber nicht erbracht und kann er auch gar nicht erbringen. Denn es liegt bisher keinerlei Anhaltspunkt dafür vor, und keine wissenschaftliche Arbeit hat bis jetzt den Beweis dafür geführt, daß die Tracht deutsch oder daß sie polnisch sei. Weder die deutschen noch die polnischen Volkskundler haben diesen Nachweis geführt, weil bis jetzt einfach das dazu nötige Vergleichsmaterial noch nicht bereitgestellt ist. Kein Artikelschreiber kann durch noch so große Fortschritt im Aufstellen von Behauptungen diese wissenschaftliche Lücke ausfüllen! Vorher kann nur festgestellt werden, daß die jeht noch vorhandenen Volkstrachten im allgemeinen erst relativ spät (im 16. Jahrhundert) entstanden sind, daß sie aber keinesfalls geartet sind, Rückfälle „bis in unbenkliche Zeiten“ zu ermöglichen. Solche Behauptungen, wie sie die Oppelner Polenblatt leistet, sind als Skandalonismus ins Reich der Phantasie zu verweisen.

Zu 3.: Dasselbe methodische Bedenken gilt für die Behauptung, daß die Bewohner von Groß-Dammer „von jeher eine polnische Bevölkerung“ gewesen seien. Auch hierfür müßte der Artikelschreiber den Beweis noch erbringen. Zu einer gegenteiligen

geschichtlichen Beurteilung aber führen eine Reihe schwerwiegender Umstände: Zunächst ist nur ein Teil der Bewohner, etwa die gute Hälfte, einer polnischen Herkunft verdächtig; die andere, knappe Hälfte ist einwandfrei deutscher Herkunft. Den Verdacht einer polnischen Herkunft bei den anderen erweckt der Umstand, daß diese Bewohner polnisch sprechen und Familiennamen führen, die einen unpolnischen Einbruch machen. Diese beiden Merkmale werden bei näherer Kenntnis der Verhältnisse allerdings stark in ihrer Beweiskraft eingeschränkt dadurch, daß erstens die Sprache bekanntlich nicht an die Rationalität gebunden ist (zumal ja der polnisch sprechende Bevölkerungsteil auch sehr gut und gern sich der deutschen Sprache bedient) und daß ferner die Familiennamen, die andeutsch erscheinen, noch lange nicht polnischer Herkunft sind. J. B. liegt bei in Groß-Dammer vorkommenden Namen Schemen bei das deutsche Schuljargen (auf der Sanktorte von 1835 noch Spure geliebert); Heilsermwig ist aus dem deutschen Heiliger entstanden; Klemic und Bimek zwei starke Sippen des polnisch sprechenden Bevölkerungsteiles von Groß-Dammer, bedeuten „Der Deutsche“ und „Der Wöhme“, legen also alles andere als eine polnische Herkunft nahe, usw. Es handelt sich tatsächlich um eine weitgehende Polonisierung ehemals rein deutscher Menschen, mag auch der Artikelschreiber der „König Cobzienne“ die Tatsache einer Polonisierung mit höchsthem Vöbeln abtun (womit er übrigens nur noch deutlicher seine geschichtliche Unkenntnis beweist).

Zu 4.: Einfacher als die volkskundlich-geschichtlichen Fragen beantworteten sich Gegenwartsfragen wie die, ob die Bewohner sich heute etwa als Polen fühlen und ihre Tracht etwa deshalb lieben, weil sie angeblich ein polnisches Merkmal sein soll. Wenn man, wie der polnische Artikelschreiber, von der Pflege und Liebe zur Tracht in Groß-Dammer auf die Liebe zum Polentum schließen will, so wäre das für die polnische Sache kein gutes Zeichen. Denn Tatsache ist, daß die Tracht in Groß-Dammer ausstirbt; und das müßte nach der Beweisführung des polnischen Artikelschreibers doch heißen, daß dort auch das Polentum stirbt. Die Männertracht ist schon ganz verschwunden; von den jüngeren Frauen legt sie eine nach der anderen ab, und kein schulpflichtiges und schulentwachsenes Mädchen trägt sie mehr! Auf meine vielfachen Fragen an die Frauen, warum sie die Tracht ablegen, habe ich neben Gründen, die zum Rückgang jeder Volkstracht führen oft die Antwort erhalten: die Leute aus den umliegenden Ortshälften, besonders aus Neubuttschen, hielten ihnen, wenn sie in ihren Trachten kamen, zugerufen: „Die Polen kommen!“ Als Polen aber wollen sie nicht gelten. Also gerade die Tatsache, daß die polnische Propaganda die Groß-Dammerer Trachten zu einem „Kennzeichen polnischer Gefinnung“ abgestempelt hat, beschleunigt das Aussterben dieser Trachten.

Zu 5.: Es ist möglich, über das „Gefühl“ oder das „Denken“ eines Dorfes zu streiten! Ausgelassen gehen kann hier nur eine objektive durchgeführte Stimmabgabe der Bewohner. Die letzte hat dabei die größte Gültigkeit, und das ist die Reichstagswahl vom 12. November 1933. Groß-Dammer, vom neuen Deutschland am sein Vertrauen befragt, hat mit 753 Stimmen für Deutschland und mit 18 Stimmen dagegen gestimmt!

Daß in Groß-Dammer „polnisches kulturelles Leben herrscht und nicht schwächer wird“, bedarf ebenfalls noch des Beweises. Kirche und Schule teilen sich entsprechend der Bevölkerungszahl in deutsche und polnische Sprache, wobei aber zu beachten ist, daß 55 deutsche evangelische Familien mit insgesamt 229 Köpfen im protestantischen Pflanzort zur Kirche gehen. Was die Zeitungen anlangt, so sind die Bewohner polnischer Wälder durchaus in der Minorität. Das übrige kulturelle Leben, an dem die Öffentlichkeit Anteil nimmt, ist rein deutsch und liegt zum großen Teil in den Händen des BVO. —

Um Anlaß zu diese Zurückweisung eines oberflächlichen und verantwortungslosen Journalismus darf allgemein der Wunsch geäußert werden, daß eine Kulturzeit vom Range der Ostausstellung auch in der polnischen Presse eine würdigere und sorgsamere Kritik finden möge.

Dr. Anneliese Dreßchneider.

Besucht die Ausstellung

Lothringer Straße 1
(Nähe Herr West-Platz)

Geöffnet täglich
von 10 bis 20 Uhr

Eintritt 0,20 Mk.

„Der Osten — das deutsche Schicksalsland“!

Sie zeigt den ostdeutschen Menschen, die ostdeutsche Landschaft, das Werden und Wachen des ostdeutschen Raumes und die Bedeutung des Ostens für unsere Zeit.

„Sorghrittes“ und einer falsch aufgefaßten „Humanität“ würden von den Juden als Jünger benutzt, die für „das ausermählte Volk“ zu arbeiten hätten. Weiter schreibt dann das Blatt: „Es wird unsere Aufgabe sein, die Verjudung auf allen Gebieten unseres Lebens aufzuzeigen und die Folgen dieses Zustandes klarzumachen. Wir bedienen uns einer sehr genauen Methode. Wir führen Listen, Namen und Zahlen an. Viele Gaben sind ungeheuerlich; die Iprehen für sich selbst.“ Es sei doch unangebracht, daß in der Hauptstadt Warschau keine Revolutionäre in der Person nicht 40 Juden seien (512 von insgesamt 1140); in Czernowitz seien kürzlich 40 Juden und nur 19 Polen in die dortige Rechtsanwaltskammer gewählt worden. Noch größer sei die Verjudung des Anwaltsstandes in Krakau. Ähnlich wie mit den Anwälten stehe es mit den anderen Berufen. Es sei hohe Zeit, schließt das Blatt, sich energisch an die Arbeit zu machen, um der polnischen Arbeit ihren legitimen, rein polnischen Charakter wiederzugeben.

Stadt ohne Tradition.

Unter den polnischen Journalisten ist die Scharfrage aufgeworfen worden, wie die Bewohner von Gdingen eigentlich richtig zu bezeichnen seien, ob man sagen müsse: Gdynianin und Gdynianka oder Gdynjczyk und Gdynjczanka — und die Antwort, die darauf gefunden wurde, ist: „Es gibt über Gdynia keine Gdingen und Gdynjczankinerinnen.“ Denn der Ort hat durch seine Entstehung noch keine lokale Tradition. Seine Bewohner stammen aus allen Teilen Polens, aus Danzowern und Großpolen, vom Karpatenrand, aus dem Osten und aus Warschau, und schließlich stellen auch die jurügewanderten Nachkommen der einjährigen Auswanderer nach Amerika ihr Kontingent. So sehe in Gdingen ein besonderer örtlicher Charakter, der Ort und seine Bewohner seien schlechthin polnisch, und man könne daher Gdingen als die „polnischste Stadt von ganz Polen“ bezeichnen.

65 000 polnische Bergarbeiter in Frankreich.

Die polnischen Arbeiterorganisationen in Frankreich haben, nach einer Mitteilung des „Dzien Pomorzi“, eine interessante Statistik über die Beschäftigung von Polen in französischen Bergbau bearbeitet. Aus dieser Statistik geht u. a. hervor, daß im Laufe der letzten 3 Jahre etwa 95 000 polnische Bergarbeiter nach Frankreich gekommen sind, von denen etwa 70 000 im nördlichen Kohlenrevier beschäftigt wurden. Zur Zeit sei diese Ziffer auf 65 000 gesunken. Insgesamt beschäftigen die 12 größten Kohlenfeldstätten des nördlichen Kohlenreviers 49 300 polnische Bergarbeiter unter Tag, immer 4800 unter Tag, die restlichen 11 000 polnischen Bergarbeiter entfielen auf kleinere Gruben. Zusammen mit den Familien umfasse die polnische Emigration der Bergarbeiter in Frankreich etwa 200 000 Personen. In einer Reihe von Gruben betrage die Zahl der Polen etwa 75 u. S. Der Gesamtzahl der unter Tag Beschäftigten Arbeiter. Durchschschnittlich bildeten die Polen über 40 u. S. der unter Tag beschäftigt Arbeiter, während auf die anderen Ausländer kaum 5 u. S. entfielen.

Aufgemauerte Kriegsgreuel-Propaganda.

„Der Unheil verkündende August 1914. Kaltes im Parcus des Feuers und des Blutes. Den Opfern des preußischen Barbarentums gewidmet.“ Unter diesem Titel erschien kürzlich ein polnisches Buch von E. M. Storczyński. Der Einbanddeckel zeigt als Eitelbild im Hintergrunde eine brennende Stadt, aus der eine Kirche hervorragt, und im Vordergrund einen deutschen Soldaten, der einer am Boden liegenden Gestalt, die wohl einen Polen darstellen soll, das Bajonett in den Hals bohrt. Titel und Eitelbild kennzeichnen den Inhalt dieser Broschüre zur Genüge, die in einer Reihe von Kopien in die bekanntesten Vertriebsstellen, die von der feindlichen Kriegpropaganda über den „Wall Kalifornien“ die Welt gefahren wurden. „Bis damals „gearbeitet“ wurde, das hat ein Mitglied des englischen Unterhauses, Arthur Ponsonby, in seinem Buche „Vigen in Kriegszeiten“ schildert. Ein Satz aus diesem Buche möge die moralische Qualität des Verfassers der neuen polnischen Kriegsgreuelbroschüre beleuchten: „Die Verjudung der Seele des Menschen ist schlimmer als die Zerhörung seines Körpers.“

Ein neues Buch von Roman Dmowski.

Der Altmeister der nationaldemokratischen Doktrin, Roman Dmowski, hat unter dem Titel „Ummählung“ (Przemót) in einem Warschauer Verlage ein neues Buch erscheinen lassen. Es enthält auf fast 500 Seiten, wie einer Vorrede in der „Gazeta Warszawska“ zu entnehmen ist, eine Reihe abstrakter Aufsätze, und zwar Abhandlungen über die wirtschaftliche, die moralische und die politische Krise, über die nationalökonomische Bewegung in Europa, vor allem über die fiktive-Bewegung, über die Lage der Juden und andere aktuelle Fragen der Weltpolitik.

Weiser 16 Volksheime geschlossen.

Auf Grund einer Verfügung des Amtsansehers wurde das Heim des Deutschen Volksbundes in Rostow (Ostoberschlesien) geschlossen. Die Schließung erfolgte aus „baupolizeilichen Gründen und wegen Gefährdung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit“. Damit sind bisher 16 Heime des Deutschen Volksbundes in Ostoberschlesien geschlossen worden.

Das polnische Krankenhauswesen.

In der Budgetkommission des Sejm wurde im Dezember der Haushaltsplan der Kurorte und staatlichen Heilanstalten behandelt. Der Staat besitzt fünf Kurorte. Den größten Gewinn mit 23 Millionen Zloty wirft Krynica ab. In der Diskussion wurde die Planmäßigkeit im Ausbau Krynicas und die Mängel des Krankenanschlusses, besonders der Seifteskranke-anstalten scharf kritisiert. Bei einer Zahl von 100 000 Seifteskranken gibt es in Polen in den Anstalten für Seifteskranke nur 14 775 Betten, d. h. auf sieben Seifteskranke kommt ein Bett! Der Stand der Krankenhäuser verschlechterte sich immer mehr. Die Zahl der epidemischen Krankenhäuser ist klein. Die Gesamtlänge der Betten dieser Anstalten beträgt 510. In der Diskussion wurde auf die geringe Zahlungsfähigkeit vieler Kommunalbetriebe und Krankenkassen hingewiesen. Erhöht werden auch die zu hohen Preise in den Krankenhäusern. Mit Ausnahme der Wälggebiete können viele Krankenhäuser die Privatkonten nicht befriedigen.

Schließung eines Knappschäftsazaretts in Ostoberschlesien.

Nachdem das Knappschäftsazarett in Rudabammer, das seinerzeit durch eine besonders unsinnige Grenzschließung von Deutschland insgesetzt wurde, weil Polen vorzuzug, immer dringender zu bedürfen, vor längerer Zeit geschlossen worden ist, wird nunmehr auch das Knappschäftsazarett in Siemianowik in Kürze seine Pforten endgültig schließen, nachdem eine bereits früher beschlossene Schließung infolge des Protestes der Belegschaft der benachbarten Brauen erteilt worden war. Die Knappschäftsazarett, das Azarett bereits zum ersten Januar zu schließen. In Siemianowik soll lediglich eine Ambulanzstation verbleiben.

„Bürgermeisterwahl“ in Carnowik.

Die polnischen Wahlen, an Stelle des bisherigen deutschen Bürgermeisters Michab, der sein Amt seit 12 Jahren zur vollen Zufriedenheit der Bürgerschaft versieht, einen Polen auf die Spitze der Stadt Carnowik zu stellen, haben sehr zum Erlöse geführt. Es bedurfte hierzu jedoch außerordentlicher Mittel. Am Tage der Stadtratswahlentscheidung wurde die Bevölkerung durch Flugblätter aufgefordert, in Massen hin an der Wahl des polnischen Bürgermeisters im Sitzungssaal zu teilnehmen. Angelehnt dieses Erbreiben beantragten die deutschen Stadtratsordneter, die Verchiebung der Sitzung um einige Tage. Da diesem Antrag nicht entsprochen wurde, biten die deutschen Stadtratsordneter der Sitzung fern; es erschienen nur 15 polnische Stadtratsordneter zur Sitzung, so daß die Versammlung nicht beschlußfähig war. Um die Beschlußfähigkeit zu erreichen, wurde ein scharfcranker polnischer Stadtratsordneter aus dem Krankenhaus auf einer Buhne in den Sitzungssaal gebracht. Die Polen vertriehen sich auf die Buhne mit 16 Stimmen die Beschlußfähigkeit, so daß der bisherige Bürgermeister von Carnowik, A. L. von der polnischen Regierungspartei zum Bürgermeister gewählt wurde. Nach der Wahl wurde beschloffen, daß der neue Bürgermeister sein Amt bereits am 1. Januar antreten soll, obwohl die Amtszeit des deutschen Bürgermeisters, der sich große Verdienste um die Stadt erworben hat, bis zum 31. Mai 1934 läuft. Auch das Amt des Vizebürgermeisters, auf das die Deutschen auf Grund des bisherigen Verhältnisses ebenfalls einen Anspruch hatten, wurden nicht in die deutschen Hände gelegt, da die Polen es vorzogen, die Wahl zu vertagen.

Die tschechischen Kolonien in Polnisch-Wohynien.

Im Polnisch-Wohynien gibt es eine tschechische Minderheit. Der tschechische Schulrektor in Vank, der kürzlich sein einjähriges Belohnen feierte, unterhält in der Wohnschicht Wohynien 15 Privat- und 10 öffentlichen tschechische Unterrichtsanstalten. Außerdem wird er auch in 37 polnischen Staatsanstalten die tschechische Sprache gelehrt. In elf Schulen sind für den tschechischen Sprachunterricht sogar ebenfalls Stunden festgesetzt wie für den polnischen. Die Promberger „Deutsche Rundschau“ weist darauf hin, daß die Zahl der Deutschen in Wohynien die der Tschechen weit übertrifft. Auch sind die deutschen Kolonien älter als die tschechischen. Die tschechische Schulrektor zeigte aber, daß diese Minderheit sich einer Förderung und eines Wohlwollens der polnischen Behörden erfreut, die den deutschen Kolonien niemals zuteil wird. Nicht nur die polnische Beamtenhilfe, sondern auch die Gleichheit und die polnische Gesellschaft waren bei der Feier vertreten.

Verhaftung von Reichsdeutschen in Ostoberschlesien.

Während der Weihnachtsfeierzeit wurden in Königschütze (Ostoberschlesien) mehrere Reichsdeutsche aus „Wehoberschlesien, die zu Vernehmlichungen nach Ostoberschlesien gekommen waren, verhaftet. Allen Verhafteten wird zur Last gelegt, nationalsozialistische Lieder gesungen zu haben. Derorts am zweiten Weihnachtsfesttag wurde die Polizeidirektion in Königschütze drei Reichsdeutsche aus Deuthen O.-S., zu je sechs Wochen Haft. Alle drei wurden zur sofortigen Verurteilung der Strafe in das Gerichtsgefängnis in Königschütze gebracht. Ein weiterer Reichsdeutscher aus Deuthen O.-S. wurde zu einer Haftstrafe von 500 Zloty oder zwei Wochen Haft verurteilt. Strafverfahren gegen weitere Reichsdeutsche sind eingeleitet.

Der Geist von Potsdam.

Der Geist von Potsdam ist der Geist der Justiz,
Der Mäcker Straffheit und der Mäcker Wucht!

Der Geist von Potsdam ist Soldatentum,
Ist Helbenjanz, ist Selbercranzung.

Aus Geist von Potsdam wuchs die Tat heroor,
Die neu im Hiltzergeist loht glätkempor.

Wilhelm Müller-Rüdersdorf.

Der Geist von Potsdam ist der Geist der Wehr,
Bedenkend: Ohne Wehr nicht rechte Ehr!

Im Geist von Potsdam ward aus Heimatkraft,
Des heiligen Vaterlandes Redenshaft!

Schulen gelehrt werden müsse, wenn auch nicht als
Pflichtschaf.

Völkerbundsrat unter polnischem Vorh.

In der zum 15. Januar einberufenen Tagung des Völkerbundsrats wird der polnische Außenminister Beck den Vorh. führen. Auf der Tagesordnung stehen u. a. folgende Fragen: die Abstimmung im Saargebiet, Verfassung der Freien Stadt Danzig, eine Reihe von deutschen Minderheitsbeschwerden an die Oberberrschelien. An diesen Beschwerden vertritt die Warschauer halbamtliche Agentur „Aktwa“, daß es sich „um Petitionen ohne größere Bedeutung handelt, die noch zu laudieren sind“. In den Warschauer Regierungskreisen wird vermutet, daß während der Session in Genf auch wichtige Verträge der dort zusammengetrefften, Außenminister der großen Staaten stattfinden werden.

Neuer estnischer Gesandter in Berlin.

An Stelle des nach langjähriger Tätigkeit von demselben Posten scheidenden Dr. Manning wurde zum estnischen Gesandten in Berlin Dr. Akel ernannt; dieser wird sein Amt in der zweiten Hälfte des Januar antreten. Zum Gesandtschaftsrat in Berlin wurde der bisherige estnische Gesandtschaftsrat in Riga, Mölder, ernannt.

„Völkische Arbeitsfront“ in Litauen.

Der Kongreß der Litauinikal, der litauischen Regierungspartei, Litauens unter einheitslicher Führung beschlossen. Dieser Zusammenhluß ist nunmehr erfolgt. Die neue Organisation nennt sich „Litauinische Darbo Fronta“, zu deutsch etwa „Völkische Arbeitsfront“. Ihr gehören an der Litauinikal-Verband als Spitzenorganisation, der Schützenverband, der Verband der Jung-Litauinikal, der litauisch geleitete Sportverband, der vaterländische Lehrerverband usw. Oberster Führer ist Staatspräsident Smetona. Vorsitzender des Verwaltungsausschusses ist Ministerpräsident Kubelis.

Oberbürgermeister Merkys.

Der frühere Gouverneur des Memelgebietes, Gouverneur v. D. Merkys, wurde zum Oberbürgermeister von Kaunas gewählt. Als einziger Kandidat vereinigte er auf sich 31 von 34 abgeordneten Stimmen. Das Kaunauer Stadtparlament besteht aus 36 Abgeordneten, von denen 12 von der Regierung ernannt sind.

Ein summarisches Verfahren.

Wie aus Kaunauer amtlichen Kreisen verlautet, sollen die Namen der litauischen Staatsangehörigen, die nicht litauischen Ursprungs sind, litauifiziert werden. An erster Linie soll es sich dabei um polnische Familiennamen handeln. Das Ministerium des Innern hat bisher etwa 30000 Familiennamen festgestellt, die geändert werden sollen.

Wer einen Einblick in Geschichte und

Wesensart des deutschen Ostens erhalten

will, besuche die große Ostausstellung in

Berlin, Lothringer Straße 1

nähe
Hofst.-Wesfel-Platz

Die Ausstellung ist täglich von 10—12 Uhr (auch Sonntags) geöffnet.
Eintritt nur 0,20 M.

Führungen werden nach vorheriger Vereinbarung veranstaltet.
(Sprengf.; Weibensamm 9730/31). Für Mitglieder des BDO ist der
Besuch der Ausstellung selbstverständliche Pflicht.

Grazynski „an der Arbeit“.

Die systematische Aktion gegen die noch überwiegender von deutschem Kapital betriebenen koberchleischen Schwerindustrie hat zum Schremswechsel ihre vorausgesehenen volkspolitischen Folgen gezeigt. Unter dem Druck der polnischen Bevollmächtigten haben in zahlreichen oberberrschelischen Industriebetrieben die deutschen Beamten am letzten Tage des alten Jahres ihre Kündigung zugestellt erhalten. Zahl ausnahmslos wurden von den neuen Kündigungsmaßnahmen alle diejenigen Beamten betroffen, die es bis heute noch wagen, ihre Kinder in die polnischen Mindererschulen zu schicken. Die deutschen Parteivertrichter in jenen Schlägenen trümpfend über eine „Generallösung“ in der oberberrschelischen Schmermbetriebe, an den Betrieben des Konzerns der Sintererzeugergemeinschaft, der Vauröhre, der Bismarckhütte und der Rottmühler A.-G., kann in der Tat von einer Generallösung von deutschen Beamtenentlassungen gesprochen werden. In der Motivierung der Kündigungsreiben heißt es zum Teil ganz offen, daß die Entlassung erfolge, weil der betreffende Beamte trotz wiederholter Mahnungen seine Kinder noch immer in die deutsche Mindererschule schicke. In anderen Fällen führt man als Grund der Entlassung allgemein „Unzuverlässigkeit“ an. Außer in der Sintererzeugergemeinschaft hat sich die Entlassungsmaßnahme auch in der Holz- u. G. und in den Hohenloherwerken ausgewirkt. Verbleibend blieben nur die Järslich-Plöschschen Betriebe, die heute das letzte Bollwerk darstellen, in dem sich die deutschen Beamten noch behaupten können. Bei der Arbeiterschaft wirkt sich die Welle der Entlassungen nicht so kraft aus, weil die Betriebe in letzter Zeit neue Aufträge herannehmen konnten und infolgedessen vielfach zu Neueinstellungen gezwungen sind. Von den Kurzarbeitern, die wieder eingestellt werden, werden jedoch nur diejenigen berücksichtigt, die ihre Kinder in die polnische Schule schicken. — Der Deutsche Volksbund hat bereits bei dem Präsidenten der Gemischten Kommission, Calander, Beschwerde eingereicht.

Der „Gjas“ geht nach Warschau.

Das führende Blatt der Krakauer Konfessionisten, „Gjas“, wurde von Krakau nach Warschau verlegt. In Warschau und Kongresspolen trägt der „Gjas“ den Namen seines bisherigen kongresspolnischen Kopflattes „Dzien Polski“, während er in Galizien unter seinem alten Namen „Gjas“ vertrieben.

Die polnische Auslandspresse.

Die Zahl der im Ausland erscheinenden polnischen Zeitungen und Zeitschriften beträgt 215. Ihre Gesamt Auflage 700.000 Exemplare. In Litauen, Lettland, Deutschland und Schweden erscheinen insgesamt 50 Zeitungen und Zeitschriften, und zwar in der Eschschonowka 23, in Deutschland 17. In Frankreich gibt es 3 Zeitungen und 11 Wochen- und Monatschriften, in anderen europäischen Staaten 9. In überseeischen Ländern erscheinen 140 polnische Zeitungen und Zeitschriften und zwar in Nordamerika 13 Zeitungen und etwa 80 Zeitschriften. Die erste polnische Zeitung in Amerika begann 1863 zu erscheinen.

Englisch statt Deutsch.

Das estnische Unterrichtsministerium hat beschlossen, eine Umfrage in allen Schulen Estlands vornehmen zu lassen, um festzustellen, für welche Fremdsprache im Unterricht an erster Stelle sich die Mehrheit entscheidet. Bisher stand an erster Stelle die deutsche Sprache, jetzt soll sie durch die englische ersetzt werden.

In einem Rundschreiben des litauischen Bildungsministeriums wird darauf hingewiesen, daß im Hinblick auf die Entwicklung der litauisch-estnischen Wirtschaftsverbindungen auch die kulturellen Beziehungen zwischen den beiden Ländern gefördert werden müssen. Die englische Sprache soll deshalb künftig in den Mittel- und höheren Schulen Litauens als Pflichtfach eingeführt werden. Das Bildungsministerium wird in Zukunft Stipendien hauptsächlich für solche Studenten erteilen, die ihre Studien in England fortsetzen werden. Des weiteren wird in dem Rundschreiben auf die Bedeutung der russischen Sprache hingewiesen und betont, daß auch die russische Sprache in den litauischen

einander getrennt sind. Die polnischen Berichte haben sie offensichtlich durcheinander geworfen, um den Deutschen die Schuld an den Schicksalen am Abend zuzuschreiben und so die Befehle der Stadt zu begründen. Nur durch eine Sondernng der Vorgänge können wir zu einer Klarheit kommen. An Darstellungen über diese Vorgänge sind vorhanden:

- 1. Bericht über die Vorgänge im „Polener Tageblatt“ Nr. 606 vom 28. Dezember 1918.
- 2. Bericht im „Polener Tageblatt“ Nr. 1 vom 4. Januar 1919.

Diese beiden Berichte gehen auf den deutschen Volksrat zurück. Sie stellen also die deutsche Auffassung dar. Dabei ist zu beachten, daß weder der deutsche Volksrat, noch das „Polener Tageblatt“ in ihrer Darstellung freie Hand hatten. Der deutsche Volksrat mußte größte Rücksicht auf die Polen nehmen, wenn er sich ihnen gegenüber behaupten wollte. Die Mittagblätter des „Polener Tageblatt“ aber waren von Soldaten der polnischen Bürgerwehr bereits am 21. und der Straße aufgeschrien und verachtet worden. Der Betrieb wurde noch am 28. vormittags gesperrt, die Zeitung verboten. Ihre Erscheinung unter einer strengen Zensur wurde erst für den 4. Januar 1919 erlaubt. Heraus und unter der Verbannung des Stenographen ist die große Rücksicht auf die polnische Seite zurückzuführen, sowie die große Vorsicht in der Behandlung der Vorgänge. Auf eine eigene Meinung wird ausdrücklich verzichtet. An Darstellungen von der polnischen Seite haben wir:

- 1. Die Meldung des Wollfischen Telegrammbüros, die von den Polen als erste Nachricht in die Welt geschickt wurde, um von vornherein die Stimmung für sich zu gewinnen. Sie muß als eine bewußte Fälschung der Tatsachen angesehen werden.
- 2. Der Bericht der „Polener Neuesten Nachrichten“ Nr. 5967 vom 29. Dezember 1918. Die „Neuesten Nachrichten“ waren polenfeindlich. Der Bericht gibt die polnische Auffassung wieder.
- 3. Die Darstellung des polniser Soldatenrates in Nr. 5967 der „Neuesten Nachrichten“ vom 29. Dezember 1918. Er steht unter polnischem Einfluß.
- 4. Der Bericht der „Gazeta Narodowa“ Nr. 298 vom 31. Dezember 1918.
- 5. Der Bericht das „Kurier Poinanski“ Nr. 298 vom 29. Dezember 1918 und Briefe von Augenzeugen ebenda.

1. Ausgewählte Stücke polnischer Darstellung verdeutscht in „Der Abfall Polens 1918/19 in polnischen Schrifttum“, Bericht von Dr. A. Czekan, Ostfriesen Nr. 6, Donzig 1933.

Weiter dürfen wir kaum hoffen, daß noch eine andere, wenig umfangreiche, aber sehr wichtige Quelle für die Entschung des polniser Datsches erhalten ist, nämlich die Protokolle, die der deutsche Volksrat über die Vorgänge hatte aufnehmen lassen. Die Darstellungen von polnischer Seite erschienen allen Deutschen der Wahrheit so sehr widerstreben, daß sich der deutsche Volksrat die Aufgabe stellte, den Dingen ernsthaft nachzugehen und in der Hand von Berichten der Augenzeugen eine wahrheitsgemäße Darstellung zu geben. Er rief die deutsche Bevölkerung der Stadt Polen auf, in jenem Büro zu erscheinen und eine Anzahl von Personen. Ihre Darstellungen wurden dabei bei dem deutschen Volksrat in Polen, Kaiserling 2. Ich war bei der Aufnahme der Protokolle zugegen und hörte die überaus wichtigen Mitteilungen. Später erbat ich mir die Erlaubnis, das Aktenstück in mein Haus zu nehmen. Ich arbeitete es dort mehrere Male eingehend durch und machte mit kurze Notizen, die ich bis heute benutzt habe. Sie sollen in dem Nachfolgenden verwendet werden. Ich habe Hausaufzeichnungen zu einem hohen Grade für die Protokolle dem Volksrat wieder, alles auf einen hohen Wert hin und hat, sie vor den Angstriffen der Polen zu schützen. Wenige Tage später wurde das Gebäude des deutschen Volksrats plötzlich von Polizei umstellt und alles, was an schriftlichen Aufzeichnungen vorhanden war, beschlagnahmt und weggenommen. Höchstwahrscheinlich auch die Protokolle. Ich habe mich später nach dem Verbleib der Protokolle erkundigt und die Antwort erhalten, daß sie sicher vernichtet seien. Verschiedene Umstände befähigen mich aber in dem Verdacht, daß die Antwort nicht richtig war. Wenn sie noch bestanden, dann sind sie in den Händen der Polen.

Der Umzug der Deutschen am Nachmittage des 27. Dezember 1918.

Am frühen Vormittage des 27. Dezember kam Prof. Herrmann, der sich der Demokratischen Partei übergetreten war, zu dem Vorsitzenden der Ortsgruppe und teilte ihm ausgeregt mit, daß die Schüler der höheren Schulen in Polen einen Umzug durch die Stadt machen wollten, als Gegenstück zu dem Umzug der polnischen Kinder zu Ehren Paderewskis. Sie mögen sich wohl an den Tag des deutschen Volksrates in Polen am 12. Dezember erinnern haben, an dem die deutschen Schüler der höheren Schulen sich ohne Ausnahme unter der Leitung ihrer Lehrer an dem Zuge teilnahmen. Das hatte auf die Bevölkerung damals einen erhebenden Eindruck gemacht. Prof. Herrmann hielt den Anruf an diesem Tage für gefährlich und schlug vor, ihn auf jeden Fall zu verhindern; zumal das Gerücht ginge, daß sich die höheren Schüler mit den 6. Grenadiern in Verbindung gesetzt hätten, um auch sie für den Umzug zu gewinnen. Man kam überein, sich sofort an das Generalkommando zu wenden, damit den Grenadiern die Teilnahme an einem Umzuge verboten würde. Das ist geschehen. Infolge der Anordnung der Generalkommandos daß der Oberst den Grenadiern

nicht nur die Beteiligung an dem Umzuge, sondern auch den Ausgang verboten. Die Grenadiere waren zum größeren Teil erst am Mittag aus dem Felde heimgekehrt. Der Oberst hatte einen Umzug durch die Stadt beabsichtigt. Als er aber die vielen polnischen Fahnen sah, soll er gesagt haben: „Wie ich sehr, schmerzt Polen in Nationalfarben. Vor polnischen Fahnen mache ich keinen Einzug.“ So war das Militär sofort in die Kaserne gerückt. Nach der Darstellung in den Protokollen des deutschen Volksrats sammelten sich die ersten Teilnehmer in der großen Berliner Straße noch hinter dem Jesuiten Marktplatz in der Gegend der Ratskammerkloster und zog dann über den Markt die Heilmittelschule entlang an der Kaserne der vierter zur Kaserne des 6. Grenadier-Regiments in der Kleiststraße. Dort machte man Halt. Eine Anzahl von Zivilisten ging in die Kaserne und ludte die Soldaten zur Teilnahme anzuregen. Als die Anrufung völlig mißlang, ging der Zug durch die Kaiserin-Viktoria-Straße der Stadt zu. Er bestand nun größten Teil aus halbwüchsigen Jungen. Auch Männer und Frauen schlossen sich an. Selbst Kinder wurden im Zuge mitgeführt. Militär war anfänglich nicht dabei. Auf dem Marsche schlossen sich aber einzelne Soldaten, besser gesagt, Männer in Zivilgard, dem Zuge an. Es zog die Wittelsbacher Straße ein. Dort wurden an zwei Stellen Fahnen der Entente nach oben gehoben, was dann ging mit Gelang die Kiergartenstraße hinunter durchs Berliner Ecke die Martinstraße. Dann bog der Zug um und zog durch die Viktoriastraße in die Berliner Straße. Hier minkte von einem Balkon ein junger Pole mit Ententeformen und rief: „Koch ist Polen nicht verloren!“ Darauf gingen einige Soldaten, die sich dem Zuge angeschlossen hatten, zum Balkon herauf und entlarnten die Fahnen. Die Menge ging weiter und lang das Deutschlandland. Hier hielten bereits, wie der Pfarrer Stublmann im Protokoll bezeugt, eine Anzahl von Polen auf den Zug, stellten einigen Soldaten ein Schwarzrotgoldenes Kreuzchen aus den Händen, was sie riefen und auf die Straße gerufen und getretete wurden. Dabei entwickelte sich ein Handgemenge. Es fiel ein Schuß. Von welcher Seite konnte nicht festgestellt werden. Niemand im Zuge hatte ein Gewehr. Dagegen ist es möglich, daß von den Soldaten, die sich unterwegs dem Zuge angeschlossen hatten, auch Dikolen am Gurle mitgeführt wurden, wie es damals üblich war. Nach der Angabe der Augenzeugen in den Protokollen sollen sich dem Zuge auch zwei oder drei Offiziere angeschlossen haben. Man lang das Deutschlandland und bog links ein und zog an dem Polizeipräsidium und dann an der Kommandantur vorbei. Der Zug lang auf dem Wilhelmplatz eine dichtgedrängte Menge polnischer Arbeiter und Zivilisten an, die sich zu einem bestimmten Zweck zusammenstrafen saßen. „Wieder mit den Offizieren“ und piffen, so daß ein großes Getöse entstand, und sangen schließlich die polnische Nationalhymne. Währenddessen ging der Zug an der Raxinzischen Bibliothek vorbei und bog links ab in die Wilhelmstraße, um zum Generalkommando zu gelangen. Dort hatte die polnische Verbandsbank ebenfalls in den Fahnen der Entente festgelegt. Einige Soldaten gingen in das Gebäude, um die Fahnen zu entfernen. Man war aber gerüstet, warf die Soldaten heraus und schloß die Türe zu. Dabei sollen wiederum Schüsse gefallen sein. Unfallsich fand sich am 28. Dezember das Fenster zertrütert und Einflüge von Schüssen neben dem Fenster in Mauerwerk. Es geht nicht an, daß die Soldaten von Polen aus dem Besten beschossen worden sind. Das ist sehr wahrscheinlich, denn die Einflüge entsprachen in ihrer Richtung diesen Angaben. Die Polen waren also schußfertig und warteten nur auf Veranlassungen. Der Zug zog weiter vor das Generalkommando und lang dort das Deutschlandland und die Waacht am Rhein. Als sich niemand zeigte, zog man durch die Magdalenenstraße, Pauli-Kirchhofe in dem Theater über, die Budestraße, Budestraße zur Kaiserin-Viktoria-Straße herauf und löste sich in aller Ordnung mit einem Hoch auf Deutschland auf. Ein Teil der Teilnehmer hatten den Zug bereits auf dem Heilmittelschule verlassen. Die Fahnen den Zug im Heilmittelschule gefah 200 Menschen. Er hatte um 4 Uhr in der Berliner Straße begonnen, war gegen 4 Uhr an der Kaserne der Grenadiere angekommen und hatte sich kurz nach 5 Uhr bereits aufgelöst.

Dieser Umzug hat insofern für die nachfolgenden Geschehnisse eine Bedeutung, als die Polen ihn als Ursache für den Datsch ansahen. Dabei ist zu beachten, daß die Teilnehmer an dem Umzuge nicht zu verzeichnen. Paderewski verlegte die Schicksale liegt an den Vormittag und machte sich ein Kreuz- und Nigenmärtchen jurcht, daß die 6. Grenadiere in die Echar der Kinder und polnischen Zuschauer blindlings hineingeflohen hätten... Er schreibt ja auch an fremde Diplomaten, wo man sich vieles leisten kann. Der „Kurier Poinanski“ berichtet in den Briefen der Augenzeugen, daß der Zug „vollständig bewaffnet“ war und Maschinengewehre mit sich führte. Napecki löst ihn unter der Leitung von Offizieren aufmarschieren. Andere Stimmen sprachen von dem Marsch mehrere Kompanien des Grenadierregiments im Zuge. In einem Ind sind die Stimmen einzig. Sie verlesen den Anfang des Umzuges auf gegen 4 Uhr vormittags. Meiß wird die Grenadieroffiziere. Zuungunsten angehen, was vor nicht stimmt, aber für die Beurteilung der Ereignisse nicht von wesentlicher Bedeutung ist. Ein großer Unterschied ist aber in der Auffassung über den Abbruch des Umzuges. Die Polen sprechen nicht von ihm. Sie lassen ihn in den Datsch am Abend übergeben und stellen ihn als die Veranlassung hin, da aus ihm der Angriff auf den Palast herbeigeführt wird. Vorum soll noch einmal mit aller Klarheit ausgesprochen werden, daß das nicht zutrifft; denn die Grenadiere aus der Kaserne hatten sich dem Zuge nicht angeschlossen. Es war ein ausdrückliches Verbot dagegen ergangen.

Die Teilnehmer am Tage waren nicht bewaffnet. Die Soldaten, die sich ihm unterwegs angeschlossen hatten, trugen Seitengewehr. Es kann aber nicht bestritten werden, daß die Armeepolizei in der Folge oder am Koppel getragen haben mögen. Das war bei den Selbstbildern damals üblich.

Wenn Zeugen behaupten, daß in dem Handgemenge in der Berliner Straße auch mit dem Kolben gefloßen wurde, so kann das schon zutreffen. Die ganze Gegend um den Wilhelmplatz war an dem Tage dicht mit Posten der polnischen Bürgerwehr besetzt. Patrouillen gingen hin und her. Die jungen Gemeinde und haben sich sicher an dem Handgemenge beteiligt. Da sie in ihren Uniformen gingen, war eine Unterscheidung, in welcher Seite sie gehörten, aus einiger Ferne nicht mehr möglich. Schon daß ein Handgemenge zwischen Soldaten überhaupt entstehen konnte, beweist, daß polnische Soldaten dabei waren. Sie alle können die Gemeinde mit sich geführt haben.

Der Zug ging gelassen auf dem angegebenen Wege bis zur Koelliker-Viktoria-Straße und löste sich da auf. Störungen sind auf dem Rückwege nicht mehr vorgekommen.

Weil auf diese Angaben seinerzeit größtes Gewicht gelegt wurde und auf deutscher Seite im Reich, irriggeführt durch die polnischen Reutermedien, die solchen Darstellungen überall die Berichte beibrachten, habe ich noch während meines Aufenthaltes in Polen die Dinge zu klären versucht. Ich habe zudem, ehe ich diese Darstellung niederbrachte, noch einmal Personen aufgesucht, die den Umzug mitgemacht haben, und mit ihnen die Dinge in allen Einzelheiten durchgesprochen. Alle ihre Beiträge haben mich nur in meiner Auffassung befestigt.

Wann endete der Zug?

Ich war den Tag über in der Ritterstraße in der Nähe des Bismarckplatzes im Berort-Wald in der Vorstandslung des Provinzialvereins tätig. Das muß vor 4 Uhr gewesen sein, denn das Beratungszimmer war ein dunkles Zimmer nach dem Hofe heraus. Ich trank noch eine Tasse Kaffee und ging davon, besah die elektrische Straßenbahn und fuhr nach Hause, ohne Kenntnis der Dinge, die sich inzwischengetragen hatten. Ich stand auf der hinteren Plattform, neben mir ein Pionier in Mantel und umgehollt. Untermwegs sprang ein Artillerist in den Wagen. Er pfiff höchst aufgeregt die Marschliedlein. Sofort waren die beiden Soldaten im Haber. Der Pole, der das fremdsprachige Kommando für leidenschaftlich pfiff, schlug das Horn der Eisenbahn an und warf dem Kameraden in müden Ausdrücken den Umzug der Deutschen und das Entfernen der Entente-Jahnen vor. Der Deutsche antwortete sehr ruhig, daß wir noch immer in Deutschland wären und daß sich das Ausgehen der feindlichen Jahnen nicht ändere. Da wäre ihm der Pole beinahe an den Hals gesprungen: „Wir sind in Polen und machen, was wir wollen! Was kümmern Euch unsere Jahnen!“ Der Wagen hielt, der deutsche Soldat ging über die Brücke an der Eisenbahn davon, und der Pole pfiff seine Melodie weiter. Ich sitze am Schluß aus. Die Straßen waren merklich leer. Ich ging über die Schloßbrücke durch die Bürgerstraße nach Hause, unterwegs erfuhr ich, daß der Umzug der Deutschen vor einer Viertelstunde zurückgegangen sei. Die Detonieren drönten schon. Es war aber noch im Spiellicht, denn es war

ein klarer Abend, und es lag Neuland. Man konnte die Straßen weithin übersehen. Es mochte 5 Uhr nachmittags gewesen sein. Zwischen 5 und 5½ Uhr kam ich in meiner Wohnung Pöfener Straße 56 an. Halbblüthliche Jungens aus meinem Hause standen davor und berieten sich von dem Umzug und ihren Erlebnissen. Sie hatten sich in der Wulffstraße losgelöst und waren nach Hause gegangen. Von einem Kampf vor dem Bofar war auch nicht die Spur bekannt. Der Zug hatte sich also auch hiernach gegen 5 Uhr abends in der Vorstadt Jersig aufgelöst.

Abreiseneinmündig mit diesen Angaben melde der „Kurier Posten“ vom 28. Dezember 1918 Nr. 297:

„Am letzten Augenblicke, 4 Uhr 45 Minuten, erfahrene wir, daß sich in Polen eine Schar deutscher Soldaten und deutscher Gollenshaben angeammelt hat, die unter dem Rufe: „Polen ist eine deutsche Stadt!“ Jahnen der Entente, besonders englische Jahnen, berunterrief. Auf diese Angelegenheit werden wir morgen zurückkommen.“

4.45 Uhr war also der Umzug in der Stadt vorbei und die Nachricht bereits auf der Redaktion niedergelegt. Das stimmt mit den deutschen Angaben überein. Hier ist noch eine polnische Stimme klar. Die Ereignisse waren noch nicht erneuert worden. Die zeitige Meldung sprach noch ihre grobe Sprache. Die offizielle Berichterstattung hatte noch nicht verfaßt.

Auch bei Rappack blickt die Wahrheit durch, obwohl er in seinem Drange, den Putsch in die Zone polnischer Selbstentate zu erheben, unangenehme Dinge behauptet und seiner Phantasie die Fägel schießen läßt, wenn dabei nur eine heillose Pole herauskommt. Er schreibt nämlich: „Auf dem Kaiserhofe des 6. Grenadierregiments versammelten sich Haktisten und Schüller und zogen in geschlossenem Zuge mit geladenen Waffen ins Zentrum der Stadt. Reaktionsäre Offiziere waren die Führer.“

Wjo weiß auch er, daß der Umzug von Schülern ausging, sich ihm die Haktisten (ursprünglich die Mitglieder des Ostmarkvereins, dann wurde die Bezeichnung auf alle übertragen, die den Polen nicht freundlich gesinnt waren) angeschlossen. Doch sie besaßten nicht waren und von reaktionären Offizieren geführt wurden. Ich will Ausfertigung, die er braucht, die aber darum nicht an Glaubhaftigkeit gewinnt.

Übrigens hat die ernsthaft polnische Geschichtsschreibung diese Taktik der Eigen längst bestritten gesehen und gibt glatt zu, daß die Polen des bemanneten Aufstand wollten. So schreibt Wlasko in ersten Kapitel seines Werkes „Großpolen und Preußen in der Zeit des Aufstandes 1918—1919“, 1932: „Der bemannete Kampf der großpolnischen Aufständischen über den Ausdruck des Wollens der Gesamtheit.... Das Mutterland reichte dem Völkchen die Hand, und unter Vermittelung ausgeprägter nationaler Konflikte führte es das preußische Teilgebiet zur Politik des bemanneten Handens.“

Man wollte also den Kampf und man führte ihn herbei. Man hielt aber den Ausdruck in einen unbedingbaren Dankkreis von Vögen. Das große Beispiel der Seindbündnisse fand hier einen gegnerischen, aber kleinen Schützer; denn die Vögen leben aus, als wollte man sich gegen unliebsame Folgen schützen, wenn der Putsch mißlingen würde. Daß man Theater spielte, zeigt sich erst recht im Putsch am Abend. (Fortsetzung folgt.)

Pöfener Gedenkftunde in der Ostausstellung.

In der Ostausstellung fand am 30. Dezember eine Pöfener Gedenkftunde in der Nähe des Bundes Deutscher Osten unter Teilnahme von Vertretern der Reichs- und Staatsbehörden, der A. L. und S. S. sowie zahlreicher landmannschaftlicher Verbände aus Polen, Ost- und Westpreußen, Ober- und der bayerischen Ostmark statt. Nach dem Jahneinmarsch begrüßte Hauptabteilungsleiter S a k n i e z die Teilnehmer. Er erinnerte an die schwere Zeit vor fünfzehn Jahren, an die Ziele des Reichsbundes der Pöfener und an die Veranstaltungen der „Pöfener Tage“, die leider nicht vornehmlich hätten, das deutsche Volk noch zu rütteln und ihm die Erkenntnis einzubämmern, daß im Osten Deutschlands Zukunft liege. Heute gebe es keine Zerplitterung der Bewegung mehr, sondern nur eine einheitliche deutsche Offrontr von der Memel bis zur Donau.

Darauf sprach der Reichsführer des Bundes Deutscher Osten, Dr. F i d i k e: Niemand hat die Bedeutung der Provinz Polen für das Reich klarer erkannt als Bismarck. Das Pöfener Land war der verbindende Raum zwischen Schlesien und Preußen. Dieser Raum, den mit ihren Abenteuern die Warte durchzögen, nur bis zur Völkerveränderung germanischer Vöden, von den Vurgarden bebodnet. Nach ihrem Fortzug begann eine Epoche slawischer Überfremdung, die die polnischen Könige, Bischöfe und Grundherren den deutschen Bauern und Siedler, den Mächtig und Bürger als Kolonialisten tiefen. Alle Städte des Pöfener Landes und zahllose Dörfer sind von Deutschen begründet worden, haben deutsches Recht befallen und sind Träger deutscher Kultur gewesen. Unendliches verdankt das Pöfener Land dem deutschen Volkstum. In vielen Teilen des Pöfener Landes lag bis zur Gegenwart kein das Deutschland wallert; Landwirtschaft und Gewerbe trugen deutschen Charakter. Als der Alte Reich 1772 den Nordteil Polens, den Reichsteil mit Bromberg, übernahm und etwa zwei Jahrzehnte später auch der Südteil des Pöfener Landes preußisch wurde, begann eine Zeit noch größerer Aufblühens. Auch die polnische Bevölkerung nahm an der unabhöngigen Kulturaufhebung der Ostmark teil. Der Zusammenbruch

Deutschlands am Ende des Weltkrieges machte dieser Entwicklung ein jähes Ende. Als Folge des 9. November gilt der 27. Dezember, der Tag des polnischen Aufstandes in Polen. Er wird deutschen Selbstentamung, auch in dem allgemeinen Europa, ein Unglücksrit dem Pöfentum, die Hauptstadt Polen und größere Teile der Provinz in Besitz zu nehmen, bis Bürger- und Bauernwehr und der Grenzschutz Ost, an dessen Spitze Hindenburg — selbst ein Sohn Pöfens — trat, die dem Völkchen ein Ende machten. Das Diktat von Versailles aber entriß uns den größten Teil des Pöfener Landes — abhimmungslos. Eine freie Volksabstimmung hätte die Provinz Deutschland zugesprochen! Wir denken in Dankbarkeit und Ehrfurcht bereit, die ihre Treue zum Pöfener Land damals und selber mit dem Leben befaßt haben. Dankbar denken wir auch der Schreiber und Schwestern, die heute noch im fremden Staat als Hüter ihres Volkstums ein oft bitter-schweres Los tragen. Die Verbundenheit deutscher Kultur und deutschen Seines reicht über politische Grenzen hinweg. Wir erkennen uns unbedingt zur Friedenslinie unseres Führers und Kanzlers Adolf Hitler, zu einem friedlichen Ausgleich auch im Osten; wir erkennen uns zum Hundertmillionenvolk der Deutschen, zu unserer leidgeprüften, schicksalsgeplagten und in neuem Aufzuge aufstrebenden Nation, deren geistiger Raum größer ist als der des Reichsgebietes. Unser Dank und Gruß gilt auch in vieler Stände dem Reichspräsidenten Paul von Hindenburg und unserem Führer und Kanzler Adolf Hitler.



Briefstöße des Bundeswappens sind zum Preis von RM. 1.50 beim Bund Deutscher Osten, Berlin W 30, Mohlftraße 22 zu haben.

